
Die prekäre Normalität – ihre Strategien, Kosten und Gegenstrategien

Rezension von: Oliver Marchart (Hrsg.),
Facetten der Prekarisierungsgesellschaft.
Prekäre Verhältnisse. Sozialwissenschaftliche
Perspektiven auf die Prekarisierung
von Arbeit und Leben, Reihe
„Gesellschaft der Unterschiede“, Band 9,
transcript Verlag, Bielefeld 2013,
219 Seiten, broschiert, € 24,99;
ISBN 978-3-837-62193-8.

Der Herausgeber versammelt internationale AutorInnen aus Soziologie, Politologie, Allgemeiner Sozialwissenschaft, Migrationsforschung und Sprachwissenschaft, um das längst um sich greifende Phänomen der Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse breit zu erfassen. Er kommt dabei einerseits mit den gut 200 Seiten recht gut zu Rande und achtet andererseits auf die Einheit der verschiedenen Perspektiven im Sinn der Erhaltung der Diskutierbarkeit der gemeinsamen Thematik.

Einleitend erweist Oliver Marchart freilich Pierre Bourdieu seine Reverenz und bezeichnet mit ihm Prekarisierung als ein wesentliches Merkmal der „neuen Herrschaftsnorm“. Es durchdringe alle Bereiche, begründe allgemeine Verunsicherung, Verängstigung und existenzielle Bedrohlichkeit und etabliere sich als Nachfolgeregime des Wohlfahrtsstaats; Sicherheitsleistungen würden dann nur mehr gnadenhalber vergeben. Diese Disziplinierung verbinde uns schließlich.

In seiner Vielschichtigkeit sei Prekarisierung zum einen ein aktuelles Re-

gulationsprinzip und zum anderen weder unbedingt noch ausschließlich mit Armut oder Arbeitslosigkeit verbunden. Prekarisierung ist, im Gegensatz zur Stratifizierung, vielmehr eine Querschnittsmaterie („Transversale“). Ihre Wirkmacht reicht hin, um die objektiven Bedrohungen für Lebensqualität auch in den Bereich der subjektiven Bedrückung durch Abstiegsängste fortzuführen. Auf diese Weise wird die Selbstregierung (sic!) der Menschen durch Prekarisierung noch verfestigt. Sie trägt eben das Ihre zur Hegemonie des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems bei. Aus einem regelrechten Kulturkampf (i. w. S.) gingen nach Antonio Gramsci Konsens („Kollektivwissen“) über das Machtsystem und, *volens volens*, Akzeptanz der Realität (ein „historischer Block“) hervor.

Der Soziologe Patrick Cingolani (Paris) betont, dass Arbeits- und Lebensbedingungen zwar spätestens schon seit der Industrialisierung von Prekarisierung geprägt waren, aber erst in den 1960ern – mit Beginn der Ausbreitung institutionalisierter Leiharbeit – zu einem gesellschaftlichen Angelpunkt geworden wären. Zeitliche Befristung der Beschäftigung und ihre flexible Anpassung an die Produktionsprozesse einerseits und Auslagerung mit Subunternehmertum und Arbeitskräfteverschiebung andererseits konstituierten und verbreiteten Prekarität. Sie erlaube es den Unternehmen, die ihrerseits stets das gemeinsame Ganze in der Produktion beschworen, sich immerhin ihrer gesellschaftlichen Verpflichtungen verstärkt zu entziehen. Insbesondere bei der Zeitsouveränität säße „natürlich die Firma am längeren Hebel“.

Franz Schultheis, Soziologe aus St. Gallen, widmet sich dem Konnex von Flexibilität und Prekarität. Er meint, die

Persönlichkeit werde mit neuen, zusätzlichen und permanenten Anforderungen überladen, sodass Flexibilisierung zu Orientierungslosigkeit und – in diesem Sinn – zu Haltlosigkeit führte („Anomie“). Aus den geänderten Rahmenbedingungen leite sich die Eigenverantwortung für seine oder ihre Beschäftigungsfähigkeit (*employability*) ab. Diese Gegebenheit sei in den Chefetagen und Beratungsfirmen konzipiert und von dort vorangetrieben worden. Das mache das neue Kapitalismusethos aus, das sich von einem elitären Ethos zum Standardethos entwickelt habe.

Der Sozialwissenschaftler Bernd Röttger (Wien, Jena) knüpft an die großen Krisen als strukturelle Wendepunkte an: Die Krise in den 1930ern habe eine Mischwirtschaft aus Wirtschaft und Staat, eine Politisierung der Wirtschaft, geboren; die Krise der 1970er-Jahre habe dies mit der neoliberalen Gegenrevolution wieder verdrängt. Solche Umbrüche hätten gerade aus regulationstheoretischer Perspektive auch wesentliche Änderungen für die ArbeitnehmerInnen und ihre Vertretungen gebracht. Die Krise der späten 2000er-Jahre wäre aber in ihrem „emanzipatorischen Potenzial enthaupet“ worden, indem die Wünsche der Bevölkerung nicht in der Politik angekommen wären, die ihrerseits die Rückkehr zum Vorkrisenzustand mit ihrem bewährten System feiere. Das Prekariat erweise sich nunmehr als willkommener „Krisenpuffer“. Nach den 1930ern hätte sich keine sozialistische Gegenbewegung nach den Krisen und zu den ihnen folgenden neuen Verhältnissen mehr gebildet. Die Regulationstheorie erkläre schließlich diese totale Unterwerfung der Menschen unter das Kapital. Selbst die „in-

stitutionelle Macht“ der Gewerkschaften hielte dem nicht Stand.

Die theoretische Soziologin Cornelia Bohn (Luzern, Basel) analysiert auf Basis von Ex- und Inklusionsforschung, dass eine allgemeine Prekariisierung zugleich Ausschluss und Einschluss bedeute. Ich deute: Der Ausschluss aus dem guten Leben bringt zwar die Anerkennung für Arbeit unter schlechten Bedingungen, aber zugleich eine Ghettoisierung: die „Ausschluss-Einsperrung“. Bohn greift im Weiteren auf Max Weber, Niklas Luhmann und Michel Foucault zurück. Schließlich wird dadurch erklärt, dass weder Ex- noch Inklusion an sich Gleichheit bzw. Ungleichheit ausschließen.

Jürgen Link, Sprach- und Literaturwissenschaftler in Dortmund, machte es mir schwer, seinen Ausführungen zu folgen, die vermutlich darin gipfeln, dass es zwei Arten von Normalisierung gebe, eine subnormalisierende, wo die sozialen Auswüchse deutlich sind, und eine normalisierende, wo sie nicht (so sehr) erkenntlich sind, weil sie in einem Großteil der Bevölkerung beobachtet werden; diese „Gravitation“ ziehe ihn sozial nicht sehr unterschiedlich und nicht so stark hinunter wie die „Abgehängten“.

Dem theoretischen Teil folgt einer mit stärkerem Bezug auf Handlungsperspektiven. Marianne Pieper (Lehrstuhl für Kulturen – Geschlechter – Differenzen, Hamburg) unterstreicht die Notwendigkeit, trotz der vielen verschiedenen Diskurse über Prekarität, den Protest und Widerstand mittels Vernetzung und Kooperationen transversal durch die Gesellschaft zu ziehen. Der „Post-Operaismus“ sehe Prekarität sogar als das Ergebnis des Kampfs der lebendigen Arbeit gegen das fordisti-

sche System der Fabrikorganisation. Das Ergebnis: Niemand hat mehr Zeit (ungestört für sich), die (problematische) Arbeit ist das Leben, sie beschränkt sich nicht länger auf den Arbeitsplatz. „Wertschöpfung operiert nicht mehr schlicht über die Aneignung von Arbeitszeit, sondern über die Ausbeutung der Potentiale von Arbeitenden“ (S. 121). So wie diese Ausbeutung einerseits auf die Fähigkeiten der Arbeitenden abstellt, aktiviert sie andererseits „kreative und subversive Potentiale“, die der Unterwerfung entgegenwirken können.

Die Politologin Isabell Lorey (mit variablen Schaffensorten) behandelt die neuen Öffentlichkeiten und schrumpfenden Privatheiten, die sich aufgrund der wachsenden wirtschaftlichen Inanspruchnahme der Arbeitenden ergeben. Selbstverwirklichung finde in Gestalt virtuoser Selbstinszenierung in der Öffentlichkeit statt – es sei eine neue Kollektivität, die dennoch mit Unsicherheit und Abhängigkeit des Individuums gepaart wäre. Die einzige Sphäre, die dabei Freiheit schaffen kann, sei nach Arendt die Politik, die effektiv aus den Zwängen der Ökonomie befreien könne. Freiheit als Ergebnis setze eine politische Freiheit voraus, und diese verlange wiederum das Miteinanderreden, um zu finden, „was vielen gemeinsam ist“ (S. 140). Politisch müsse mit der kontingenten Prekarität umgegangen werden, und zwar kollektiv, d. h. „ohne Reflexe nach individualistischer privater Absicherung“ (S. 140) der politisch (Ver-)Handelnden. Der Ausblick versucht Zuversicht zu vermitteln, reüssiert damit aber bei mir nicht so recht.

Der Migrationsforscher Serhat Karakayali, beruflich in Deutschland mobil, betont, dass MigrantInnen als die „Pre-

kärsten der Prekären“ nicht aus der Debatte auszunehmen seien, ebenso wenig wie schon früher die „Feminisierung der Arbeit“; beide Gruppen würden als BringerInnen und Prototypen des Prekariats gesehen. Das kontrastiere zum männlichen, weißen, einheimischen Normalverdiener, bedeute ihm eine Bedrohung und eröffne eine Konfliktperspektive nicht zuletzt für die Gewerkschaft („Schmutzkonkurrenz“). Oft würden MigrantInnen nur als Opfer der Verhältnisse, als die sie charakterisiert würden, wahrgenommen und gerieten indes als Subjekte sozialen und politischen Handelns aus dem Fokus. Immerhin werde schon seit der Landflucht des 11. Jahrhunderts Migration als Problem empfunden – und habe wesentliche soziale und politische Systemänderungen erzeugt. Ein „Exodus“ sei politischer Ausdruck („*exit-voice*“). Reaktionen darauf wären ab dem 19. Jahrhundert Nationalismen und (z. T. selektive) Binnenmigration – sogar eine Art „Schengen-Abkommen“ – gewesen.

Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt der Nation hätte die Bändigung der Migration und die Abriegelung der Prekarisierung „von unten“ verlangt. Schritte hin zu „nationalsozial“ wurden unternommen, um den „Mob“, die „gefährlichen Klassen“, in nationalen Schemata zu kontrollieren und zu beherrschen. Ich interpretiere: Es galt und gelte, soziale Integration auf nationalistischer Basis schaffen, d. h., quasi eine Kastenbildung zwecks sozialer Integration bzw. Exklusion zu betreiben; Gleichstellung ginge und gebe es nämlich nicht für alle, eben nur entlang völkischer Grenzen (InländerInnen – AusländerInnen). „Prekarisierung ist dann nicht ausschließlich als Skandal der Unterschichtung zu be-

werten, sondern auch als Element der Migrationspraktiken als Reaktion auf die nationalen Begrenzungen und Grenzen sozialer Rechte“ (S. 152).

Der Kultursoziologe Ulrich Bröckling (Freiburg/Br.) geht vom umfassenden Begriff des Regierens im Sinn von Foucault aus und, ebenso breit angelegt, vom Widerstand dagegen, etwa nach Jacques Derrida. In diesem Licht sieht der Autor Regieren (ins Unsichere hinein) und Selbst-Regieren (als Selbsttäuschung und „Kontrollillusion“) als prekäre Tätigkeiten an. „Regieren muss immer mit Unvorhergesehenem, mit Krisen der Regierbarkeit rechnen (...) und bleibt dabei unvermeidlich hinter den eigenen Ansprüchen zurück (...) Die Adjustierungen des Regierens folgen dabei den Verwerfungen des Regiertwerdens“ (S. 157). Während Regierung schematisierbar und relativ erwartungssicher sei, wäre es Widerstand nicht, weil er ziemlich kontingent sei. Doch Bröckling favorisiert eine komplexere Überlegung und versucht, diese konkret zu verdeutlichen, und zwar am Beispiel „prekärer Superhelden“ (der gewaltlose Hamburger Luxus-Lebensmittelraub von 2006 für die Prekären, „inszeniert“ in Comic-Verkleidungen). Damit war nicht nur ein karitativer Raub à la Klaus Störtebeker gemeint, sondern auch beabsichtigt, als Vorbilder ein Zeichen für Selbstermächtigung zu setzen. Das „(...) unterläuft so die Grenzziehungen zwischen Politischem und Außerpolitischem“ (S. 169). Und die fantasievoll maskierten AktivistInnen perpetuierten sich als neue Comic-Figuren in Medien.

Der Innsbrucker Soziologe Mario Vötsch, mit Abstechern in die Schweiz, betrachtet „prekäre Verknüpfungen“ des „Protestjahrs 2011“ (Occupy, Arabischer Frühling, Antikonsolidierung)

aus diskurstheoretischer Sicht. In Europa war Prekarität Ziel von Protesten („Aufstand der Empörten“, Euromayday). Auch die „Arabellion“ wäre weder zufällig noch überraschend gekommen, schreibt ihnen Vötsch doch eine klar prekarisierungsbedingte Hauptkomponente zu. Der Gedanke an eine systemische Ungerechtigkeit habe die Bewegungen mental über die Distanzen hinweg verbunden und gemeinsame Erklärungen oder ähnliche Textierungen gezeitigt. Politisches Bewusstsein erwachte manchenorts neu. „Die diskursive Verknüpfung von neoliberaler Sparpolitik, Zukunftsgeneration und Perspektivlosigkeit schafft eine Allianz zwischen den Revolutionen des Maghreb und den Empörungswellen in Europa, die in der übergeordneten Identität einer *globalen Prekarisierungsgesellschaft* aufgeht. (...) hier wie da ist es die ökonomische Desintegration einer jungen, gut ausgebildeten Generation, die über Grenzen hinweg verbindet“ (S. 181f).

Zudem hätten Demokratiedefizite einen Nährboden gebildet; rückläufige Sozialleistungen und abnehmender Wohlstand hätten diese Demobilisierung und „Depolitisierung“ virulent gemacht und das System in eine Legitimationskrise geführt. In Spanien hieß der Widerstand „Echte Demokratie jetzt!“. Abgelehnt worden wäre die stabile Zweiparteienherrschaft, die den Bezug zu den Belangen des Volks verloren hätte; gefordert wurden eine ethische Revolution, konkret u.a. direkte Mitbestimmung, Chancengleichheit und die gesellschaftliche Kontrolle des Finanzsystems (nicht umgekehrt). In diesem Sinn empörte sich auch Stéphane Hessel, und man begann über „die Empörten, eine globale Kraft“ zu reden. Sie seien nicht gegen das Sys-

tem, sondern das System sei gegen sie. Und sie dächten global und handelten lokal. Der Syntagma-Platz, wie andere Plätze auch, wurde zur neuen Agorá als Ort effektiver Demokratie. Die „Facebook-Revolutionen“ hätten die Abkehr von Zentralismus und Elitarismus zugunsten einer offenen Koordination erlaubt, wofür aber die Bildungseliten dennoch die Speerspitzen darstellten. Scheinbare „Verflüchtigungen“ des Widerstands könnten sich als Verlagerungen auf andere Proteste erweisen. (Wer weiß, wohin der Wind der Prekarität sie noch weht.)

Chantal Mouffe, politische Theoretikerin in London, befasst sich hier mit demokratischer Politik in Zeiten wie diesen. Geht Widerstand im *Entertainment/Infotainment* unter, wird er durch ausufernde Kulturindustrie undenkbar? Mouffe gibt der streitbaren Demokratie sehr wohl eine Chance gegen die neoliberale Alternativlosigkeit, warnt aber zugleich vor fundamentalistischen Reaktionen, die ebenfalls keine echte Wahlmöglichkeit bieten. Immerhin vermochten neue Formen kollektiver Willensbildung die überkommenen Strukturen zu überlagern. Die politische Dimension müsse einfach den Leuten deutlich gemacht und ein hegemonialer Kampf geführt werden. Da es weder eine natürliche Ordnung noch eine letzte Begründung für eine bestimmte Ordnung gebe, seien Ordnungen kontingent und daher dem Wandel ausgesetzt, und so seien ihre hegemonialen Praktiken auch angreifbar, obwohl dies sehr wohl nicht ein-

fach wäre. Denn sie hätten die Strategien des vorigen *Status quo* übernommen und inhaltlich angepasst („neutralisiert“); das sei wichtig zu berücksichtigen. Es werde „darum gehen, sich mit ihnen [den hegemonialen Institutionen; R.B.] auseinanderzusetzen, um die existierenden Diskurse und Praktiken zu disartikulieren (...). (...) das Moment der Reartikulation ist entscheidend“ (S. 211).

Ein solcher Antagonismus könne Erfolg haben, indem er in den Identifikationsprozess der Menschen eingreift, „womit der Weg für andere Identifikationsformen geöffnet wird“ (S. 211). Politische Artikulation sei nötig, der „Widerstreit“ unauslöschlich, die Reidentifizierung letztlich entscheidend. Es bestehe jedenfalls „die Notwendigkeit, nicht nur anzufechten, was existiert, sondern auch neue Artikulationen und neue Institutionen zu konstruieren“ (S. 213). Ich meine, das sei vielen ins Stammbuch geschrieben.

Der doch recht homogene Sammelband ist interessant und anregend zu lesen. Mag sich der Leser oder die Leserin die eigenen Lieblingsbeiträge wählen, zumal die doch etwas unterschiedlichen Bewertungen, zu denen ich im Einzelnen gelangt bin, durchaus durch die Brille der jeweiligen Disziplin konditioniert sein mögen. Diesen Band begleitet noch ein zweiter desselben Herausgebers, ein „Zwilling“ zur Thematik, der sich auf Protest, Politik und Ökonomik ausrichtet (mal sehen!).

Rainer Bartel